



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/46 - 23. Februar 1957  
Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 5886090

Zur Atom-Debatte im Bundestag	S. 1
Erfolg der Regierung von Acker	S. 2
Ideologische Selbsterfleischung der SED	S. 3
"Arbeitsgruppe" für die Liedervereinigung	S. 6
Parteienfinanzierung - heisses Eisen	S. 8

## Privateigentum an Kernstoffen ?

ler - Siedern zwei Weltmächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion - Grossbritannien dürfte bald folgen - in Besitz der schrecklichsten Vernichtungswaffen sind, die menschlicher Erfindergeist und Forschungsdrang je ersannen, werden die Völker von der unheimlichen Vorstellung eines kollektiven Selbstmordes gepeinigt. Ein Superbombenangriff auf die Sowjetunion und umgekehrt auf die Vereinigten Staaten würde, wie von Generalleutnant James M. Gavin, dem Forschungschef der amerikanischen Armee vorausgesagt worden ist, den unmittelbaren Tod von mehreren hundert Millionen Menschen verursachen und noch ungezählte weitere Opfer müssten in der Folgezeit eines langen und qualvollen Todes sterben. Koch heute tragen viele Zehntausende Überlebende von Hiroshima und Nagasaki an ihren Körpern die Wundmale der zwei ersten Atombombenabwürfe in der Geschichte der Menschheit. Innerhalb dieser Zeitspanne hat sich die Vernichtungskraft von Wasserstoffbomben vertausendfacht; die trotz aller Warnungen fortgesetzten Versuche mit neuen Kerngrosswaffen schufen eine zusätzliche Bedrohung, denn mit jeder Explosion werden ungeheuerere Mengen von radioaktiven Stoffen um den Erdball geschleudert. Es gibt viele Wissenschaftler, und darunter solche mit glänzenden Namen, die die schon erreichte Verseuchung der Atmosphäre für das kommende Leben für gefährlich erachten.

Ihre besorgten und mahnenden Stimmen in den Wind zu schlagen, hiesse den Blick vor den Abgrund zu verschleiern, vor dem die Völker

in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts stehen.

Aber wie in jeder neuen Erfindung, liegt auch in der Verwendung der Atomenergie neben lähmenden Schrecken die Verheissung. Den Menschen ist es anheimgegeben, dieser Erfindung segenspendende Wirkung zu verleihen. Auf diese neue Energiequelle, die das Atom erschliesst, können die Völker nicht mehr verzichten, wenn sie auf der Höhe des technischen Fortschrittes bleiben oder sie, wie in Teile der unterentwickelten Gebiete, erreichen wollen. Wer hier nicht mitzieht, kommt wirtschaftlich und politisch unter die Räder, läuft Gefahr, damit auch die Freiheit des Handelns zu verlieren und in Abhängigkeit zu geraten.

Das gilt in besonders hohem Maße für die Bundesrepublik. Schon heute lässt sich der Zeitpunkt errechnen, an dem die bisherigen Energieträger, vor allem Kohle, nicht mehr ausreichen werden. Der Zwang, sich durch die Entwicklung der Atomenergie zusätzliche Quellen zu verschaffen, ist unausbleiblich. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Grossbritannien hat die Bundesrepublik fast anderthalb Jahrzehnte nachzuholen, die erste Atom-Debatte im Bundestag vermittelte ein eindrucksvolles Bild von der Grösse und der Bedeutung der Aufgabe, die auf uns alle zukommt. Leider gab es in dieser so würdevollen und von hohem Ernst getragenen Debatte auch einige trübe Stellen. Nicht zu verstehen ist die Haltung der Bundesregierung in der Frage des Eigentums an spaltbarem Material. Sie gab hier mächtigen Interessengruppen nach und stellte sich damit in Gegensatz zum Euratom-Projekt, das Privatbesitz an Kernmaterial ausdrücklich ausschliesst in der weisen Erkenntnis, dass bei der industriellen Verwendung der Atomenergie die denkbar möglichsten Kontrollen eingeschaltet werden müssen, die der Privatbesitzer aus vielen Gründen nicht erlauben will. Es geht ja nicht allein um neue Energiequellen, es geht auch - und dies vielleicht vor allem - um die Sicherung des nötigen Schutzes und um die Verhinderung von übermächtigen Monopolen, für deren verhängnisvolle Wirksamkeit die moderne Wirtschaftsgeschichte genug erschreckende Beispiele liefert.

In den Vereinigten Staaten erwies sich der Druck der öffentlichen Meinung stärker als der Druck einflussreicher Interessentengruppen. Die USA kennen kein Privateigentum an Kernstoffen; sie haben dies von vornherein ausgeschlossen. Das hat gewiss nicht die Vereinigten Staaten daran gehindert, die mächtigste Atommacht der Erde zu werden. In der Bundesrepublik aber sind Interessengruppen dabei, sich ein neues und in seinen Ausstrahlungen für die gesamte Wirtschaft noch unübersehbares Monopol mit Unterstützung der jetzigen Bundesregierung zu errichten. Hier werden alle guten Geister auf der Wacht sein müssen, um eine solche Entwicklung zu verhindern; denn nichts Gutes kann sie bringen. - 2 -

23.2.1957

Koalitionssieg in Brüssel

P.H. - Brüssel

Belgiens sozialistischer Premierminister van Acker konnte in diesen Tagen wohl seinen grössten Erfolg verbuchen. Das Parlament nahm seinen konjunkturpolitischen Plan an, um den er seit Oktober 1956 rangt. Die geringe Mehrheit, die diese Annahme durchsetzte - 107 Stimmen gegen 92 bei 7 Enthaltungen - verrät, wie heiss der Kampf war. Sein Ausgang war bis zuletzt ungewiss geblieben. Während in der anderen grossen Auseinandersetzung zwischen der sozialistisch/liberalen Koalition und der christlich-sozialen Opposition - sie stellt die grösste Fraktion im Parlament - im Schaukampf des Jahres 1955 Sozialisten und Liberale von vornherein geschlossen gegen die klerikalen Ansprüche standen, war diesmal die Haltung der Liberalen schwankend. Eine beträchtliche Anzahl liberaler Parlamentarier, Politiker und Wirtschaftler nahmen an den Protestaktionen teil, welche der Industriellenverband, Mittelstandsvereinigungen und andere Gruppierungen "selbständiger Gewerbetreibender" gegen den konjunkturpolitischen und sozialen Sanierungsplan van Ackers entfesselten.

Van Acker forderte nämlich eine Sonderbesteuerung der übermässigen Konjunkturgewinne der Grossfirmen. Der Ertrag dieser schliesslich auf zwei Jahre beschränkten Sondersteuer soll einerseits der Bildung eines antiinflationistischen Fonds dienen, andererseits für die Sanierung der Krankenkassen und Sozialversicherung eingesetzt werden. Das angenommene Gesetzwerk gibt weiter der Regierung besondere Vollmachten zur Preisüberwachung und -stabilisierung, und bringt eine Erhöhung der Familienzuschüsse und Altersrenten. Die Sozialabgaben werden erhöht, andererseits aber auch ein Lohnstopp für die Grundlöhne für die nächsten zwei Jahre (1957 und 1958) eingeführt.

Es ist begreiflich, dass ein solches Programm auch dem liberalen Arbeitgebertum nicht passte, trotzdem der Lohnstopp zeigte, dass die Regierung einer Inflationsgefahr auch mit Mitteln begegnen will, die der arbeitenden Bevölkerung nicht angeden sein können. Es ist den freien, der sozialistischen Partei nahestehenden Gewerkschaften noch anzurechnen, dass sie sich der Notwendigkeit des Lohnstopps und der auch die Arbeiterbeiträge erhöhenden grösseren Sozialbezüge nicht verschlossen, trotzdem die christlichen Gewerkschaften sofort eine

wilde Hetze gegen die "unsozialen" Gesetzespläne des sozialistischen Premierministers entfesselt. Die freien Gewerkschaften vertraten darauf, dass die Regierung ihre preiskontrollierenden Vollmachten so einsetzen werde, dass die Kaufkraft der Löhne eher steigt als sinkt. Wer damit die Geschlossenheit der sozialistischen Front gesichert, so behauptete es vieler Sondersitzungen bis zu einem Sonderparteitag bei den Liberalen, bis deren Minister die Segenshaft in der Partei und Fraktion dazu brachten, sich nicht dem Gesetzeswerk entgegenzustellen, auf das sich das Koalitionskabinett geeinigt hatte. Die 7 Enthaltungen in der endgültigen Parlamentsabstimmung kamen von liberalen Abgeordneten, die ursprünglich zum mindesten gegen die Sonderbesteuerung der Konjunkturgewinne stimmen wollten.

Mit diesem Sieg dürfte die Aufrichterhaltung der sozialistisch/liberalen Koalition bis zu den verfassungsmässigen Neuwahlen - im Frühjahr 1958 - gesichert sein. Gewiss hat auch die sozialistische Partei dieser Koalition Zugeständnisse machen müssen. So sagte in einer Versammlung kurz vor der entscheidenden Abstimmung der sozialistische Premierminister seinen Parteigenossen ganz offen, dass die von den Gewerkschaften und weiten Parteikreisen geforderte Sozialisierung der Kohlenbergwerke in der Regierung nicht zur Debatte gestellt werde. Auf der anderen Seite ist jedoch durch die sozialistische Führung in der Regierung der werktätigen Bevölkerung des Landes ihr Anteil an den Gewinnen der Hochkonjunktur in weit grösserer Masse gesichert worden, als es vielleicht in anderen Ländern Europas der Fall ist.

\* \* \*

#### Pankows Kampf gegen die kleinen Marichs

E.Z. Berlin

Wer geglaubt hatte, Ulbrichts dramatische Abrechnung mit der intellektuellen Opposition in den Reihen der SED, die er auf den 30. ZK-Plenum absolvierte, sei der Schlussstrich unter Säuberungsmaßnahmen gewesen, muss sich von der SED eines Besseren belehren lassen. Die Jagd nach den intellektuellen Feinden in der eigenen Partei hat erst begonnen. Das Zentralorgan der SED, "Neues Deutschland" musste erst dieser Tage zugeben, dass überall in den Grundorganisationen, wie die Versammlungen zu den Partei-Neuwahlen ergeben hätten, Parteimitglieder gegen die Generallinie aufbegehrt oder "falsche Auffassungen

oder feindliches Auftreten duldeten". Vor allem im Hinblick auf den Kampf gegen "revisionistische Auffassungen" gebe es in der SED "noch viel Schatten".

Das Schreckgespenst der "kleinen Harichs" verfolgt die SED auf Schritt und Tritt. Die Provinzzeitungen der kommunistischen Staatspartei, die nur im lokalen Bereich gelesen werden und deren offenes Dinstandnis von "konterrevolutionären Herden" deshalb niemals in der ganzen Zone bekannt werden kann, geben jetzt in zahlreichen Berichten über Sitzungen der SED-Bezirksaktive oder gar der SED-Bezirksleitungen einen Beweis dafür, wie erschreckend die "Harich-Seuche" zum Symptom der Zersetzung der Ulbricht-Partei geworden ist.

In seiner Rede vor der SED-Bezirksleitung gab der Leipziger Statthalter Ulbrichts, der Bezirkssekretär der SED, Fröhlich, eine ganze Reihe von intellektuellen Fäulnisherden in seinem Bezirk bekannt. Der Leipziger Schriftsteller Zwerenz habe sich bei der Begründung seiner Artikel auf die "Erfaltung des wissenschaftlichen Meinungstreits" berufen, in Wirklichkeit jedoch unter dieser Tarnung "Konterrevolution" betrieben. Die "Akademie für 'Wahrheit und Recht'", so erklärte Fröhlich entrüstet, habe sogar die "falschen und schädlichen Auffassungen von Kardelji" gedruckt und verbreitet. Auf einer Konferenz der SED-Bezirksleitung mit den Kulturschaffenden des Bezirke Leipzig sei das Parteimitglied Herzfelde aufgetreten, der behauptet habe, die Äusserungen Chruschtschows über Stalin seit dem XX. Parteitag der KPdSU hätten nicht nur im Ton, sondern auch im Inhalt einen ausserordentlichen Wechsel gezeigt. Und diese Ansicht sei die Meinung vieler auf dieser Konferenz anwesender Kulturschaffender der Partei gewesen. In der "Hochschule für Graphik und Buchkunst" in Leipzig habe das Parteimitglied Loest unter der Flagge des "Kampfes gegen den Dogmatismus" Auffassungen in die Partei getragen, die im wesentlichen mit denen der Konterrevolution und des ungarischen Petöfi-Kreises sowie der Gruppe Harich übereingestimmt hätten. In der Bezirksbibliothek von Leipzig habe das Parteimitglied Engert unter Berufung auf Lukacs die "ideologische Koexistenz" verherrlicht und zersetzende Angriffe gegen die führende Rolle der Partei geführt. Seine Auffassungen habe Engert auch in der Bibliothekarschule des "Ministeriums für Kultur" in Sondershausen verbreitet. Schliesslich gab der Leipziger SED-Bezirkssekretär als erste Gegenmassnahme den Partiausschluss der Ehefrau des Leipziger Professors für marxistisch-leninistische Philosophie, Bloch, bekannt.

SPD-Pressedienst

P/XII/46

- 5 -

23.2.1957

der bereits von Ulbricht als "Staatsfeind" angeklagt worden war.

Ein anderes Beispiel für die Jagd der SED nach den "kleinen Harichs" liefert der SED-Bezirk Gera. Hier erklärte der 1. SED-Bezirksekretär Glaser vor dem Bezirksparteiaktiv am Beispiel des "Genossen Zehm" vom Philosophischen Institut der Universität Jena die Existenz "feindlicher Ideologien" in den Reihen der Partei. Zehm habe eine "Marxistische Anthropologie" geschrieben, um den Marxismus zu "ergänzen". In Wirklichkeit habe er dabei versucht, "unter der Flagge des Marxismus-Leninismus" die bürgerliche Ideologie zu verbreiten, was schon darin seinen Ausdruck gefunden habe, dass er sein Werk "Kleine Philosophie des Abschiednehmens" titulierte. Schlimm sei vor allem dabei, dass die Parteimitglieder, mit denen er am Institut zusammengewirkt und unter deren Leitung er arbeite, sich mit diesen "antimarxistischen, bürgerlichen Auffassungen nicht kritisch auseinandergesetzt und sie nicht als antimarxistisch und feindlich entlarvt hätten." Nachdem die Parteiorganisation an der Universität Jena den Kampf gewonnen habe, sei klar geworden, dass "Zehm zu den Kämpfern gegen die Stalinisten gehöre".

Unter der Parole "Kampf jeden Antistalinisten" hat ein Selbstzerfleischungsprozess unter den intellektuellen Führungskadern der SED begonnen, nicht nur in Berlin, sondern auch in jeder Bezirks- und Kreisstadt der Sowjetzone. Das Zentralorgan der SED, das nach dem 30. ZK-Plenum diese Entwicklung nicht leugnen kann, spricht bagatelisierend von einem "ideologischen Schwanken in der SED". Nach einem Bericht des "Neuen Deutschland" hat der Minister und das ZK-Mitglied Rau viel eindeutiger von "Eruerern unter der Zonen-Intelligenz" gesprochen, die für einen radikalen Kurswechsel plädierten. Rau, der zu den Antipoden Ulbrichts im ZK der SED gehört, hat mit seiner Feststellung den Nagel auf den Kopf getroffen.

\* \* \*

- 6 -

23. 2. 1957

Wie sollst du mich befragen ...

Jetzt soll also der Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Herr Ministerialdirektor Prof. Grewe, eine Delegation der Bundesregierung nach Washington führen, um dort in einer "Arbeitsgruppe" den Bemühungen um die deutsche Wiedervereinigung Auftrieb zu geben. Ausgerechnet Herr Grewe! Der Mann, von dem man weiss, dass er sich während der letzten Aussenministerkonferenz in Genf unverhohlen über den "harten Ton" Molotjows freute, weil dann der Westen eben so hart antworten könne. Der Mann, der massgebend an der Ausarbeitung des Saarstatuts beteiligt war, das die Saarländer dann zum Glück mit überwältigender Mehrheit ablehnten. Der Mann, der die dann später gescheiterte EVG mit vorbereiten half. Dieser Herr Grewe soll also jetzt die Politik der Wiedervereinigung neu beleben helfen. Wenn er nicht mehr Glück damit hat, wie mit seinen früheren aussenpolitischen Unternehmungen, kann die Wiedervereinigung abgeschriecken werden. Aber vielleicht ist Herr Grewe gerade deswegen für Herrn Adenauer der richtige Mann ...

Mit dieser jetzt in Washington zusammentretenden "Arbeitsgruppe" oder Kommission ist es überhaupt so eine Geschichte. Bundesregierung und Aussenminister sind so lange darum herumgeschaukelt, bis sie selbst nicht mehr wussten, wo ihnen der Kopf stand.

Das sah so aus:

1. Herbert Wehner in der aussenpolitischen Debatte am 31. Januar 1957: "Meine Damen und Herren, erinnern Sie sich noch des Dokuments, das wir damals hier einstimmig beschlossen haben - einstimmig! - nach der erbitterten und ermüdenden Debatte der zweiten und der dritten Lesung der Pariser Verträge? ... Da steht am Schluss: Es soll eine ständige Kommission, bestehend aus je einem Vertreter der drei Westmächte und der Bundesrepublik Deutschland gebildet werden, deren Aufgabe es ist, alle zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands sich bietenden Gelegenheiten zu erörtern und Vorschläge auszuarbeiten, um aussichtsreichere Verhandlungen vorzubereiten. Nicht einmal die Kommission ist gebildet worden!"

2. Die Antwort von Aussenminister Dr. von Brentano in der gleichen Sitzung: "Sie verweisen dann - und auch hier muss ich Ihnen widersprechen, Herr Kollege Wehner - darauf, dass man hier die Kommission der drei Alliierten und der Bundesregierung beschlossen habe, aber man habe nicht einmal danach gehandelt. Herr Kollege Wehner, haben Sie vergessen, dass wir diesen Beschluss zu einer Zeit fassten, als die Bundesregierung überhaupt noch keine Aussenpolitik hatte, als wir noch ein besetztes Land mit hohen Kommissaren waren? Damals war es allerdings ein Ausweg, eine Kommission zu gründen. Ich versichere Ihnen, wenn ich heute auf den Gedanken käme, den drei Alliierten eine permanente Kommission vorzuschlagen, würden Sie mich mit Recht fragen, wofür wir eigentlich Botschafter haben."

3. Aus dem Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundes-

23. 2. 1957

regierung vom 19. Februar 1957: "Das Auswärtige Amt teilt mit: Die Bundesregierung ist mit den Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und den Vereinigten Staaten übereingekommen, die für die Genfer Konferenz der Außenminister 1955 gemeinsam erarbeiteten Vorschläge zu den miteinander verbundenen Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Sicherheit im Hinblick auf die seither einsetzende Entwicklung zu überprüfen. Zu diesem Zweck wird Anfang März in Washington eine Arbeitsgruppe zusammentreten. Die Bundesrepublik wird in dieser Arbeitsgruppe durch den Leiter der Politischen Abteilung des AA, Ministerialdirektor Prof. Grewe, vertreten sein. Über die Arbeitsergebnisse der Gruppe werden die anderen verbündeten Regierungen laufend unterrichtet werden."

Wie das Ausland über diesen Vorgang, der in der deutschen Öffentlichkeit kaum Beachtung gefunden hat, denkt, dafür folgendes Beispiel: Der Sprecher von BBC London erklärte schon am gleichen Tage, als das "Bulletin" den Start der "Arbeitsgruppe" bekanntgab:

"Jetzt ist die Kommission für Fragen der Wiedervereinigung auf Wunsch der Bundesregierung doch ins Leben gerufen worden. v. Brentano ist damit auf eine ungewöhnliche Weise desavouiert worden. - Grewe soll in der Arbeitsgruppe dem Westen und Osten klar machen, dass die Bundesrepublik alle Schritte in Sachen Wiedervereinigung gemeinsam mit den Westmächten unternehmen will. Unter diesen Umständen ist also von der Arbeitsgruppe kein sensationeller Vorschlag für die Wiedervereinigung zu erwarten. - So lange sich die Standpunkte nicht annähern und der Westen keine Vorschläge unterbreitet, die von der Sowjetunion als Verhandlungsgrundlage anerkannt werden, so lange besteht auch an einer Viererkonferenz kein Interesse, weder bei der Bundesregierung, noch bei den Westmächten oder der Sowjetunion."

+ - +

#### "Gemeinsamer europäischer Markt"

Erich Glienke in der prova. außenpolitischen Bundestagsdebatte am 31. Januar 1957:

"Wir halten es für unmissbar und für notwendig, dass diese Verträge zwischen Ministern, Staatssekretären und Landesparlamentarikern ausgehandelt werden und das Parlament vor der Unterzeichnung nicht die Möglichkeit bekommt, sich eingehend mit den Vorwürfen und den Konsequenzen zu beschäftigen. Das französische Parlament hat eine volle Woche sich nur mit diesem Komplex beschäftigt, und heute sind wir in der paradoxen Lage: Wenn jemand von uns sich über Teilprobleme informieren will, sind die beste Informationsquelle die Protokolle der Verhandlungen des französischen Parlaments. Das ist einfach ein unwürdiger Zustand für den Deutschen Bundestag."

+ - +



Wer zahlt die Zeche ?

sp - Unter diesem Titel lässt Wirtschaftsminister Erhard seine anlässlich des Streikausganges in Schleswig-Holstein gehaltene provokatorische Radiorede in vielen Zeitungen veröffentlichen. Die Rede, oft die Hälfte einer Zeitungsseite füllend, erschien an einer Stelle, die vielfach für die Inserate bestimmt ist. Sie wurde auch den Zeitungen als Inserat bezahlt. Inserate aber sind sehr teuer. Da nicht anzunehmen ist, dass Erhard diese Veröffentlichung aus eigener Tasche bezahlte - das würde selbst ein Ministergehalt übersteigen - ergibt sich die Gretchenfrage: aus welchen Mitteln werden diese immensen Ausgaben bestritten. Nach der Antwort braucht man nicht lange zu suchen. Natürlich muss der Steuerzahler dafür herhalten. Direkt oder indirekt. Zu diesen Steuerzahlern gehören auch die von Erhard provozierten Arbeiter von Schleswig-Holstein. Was Erhard für die Inserate ausgibt, erhält er von "interessierten Kreisen" und diese wiederum nehmen dazu Gelder, die sie ihren Arbeitern vorenthalten.

Man weiss: Die CDU lebt zu einem guten Teil von Spenden aus der Industrie. Auch Hitler lebte davon; mindestens bevor er zur Macht gekommen war. Ohne die Gelder, die einem Hitler aus der Schwerindustrie zufließen, wäre sicher dem deutschen Volke die grösste Tragödie seiner Geschichte erspart geblieben.

Hitler und sein System sind verschwunden, viele seiner Förderer aber sind geblieben. Sie haben heute "Förderer-Kreise" gebildet und speisen mit den dort zusammenfliessenden Mitteln die Kassen der CDU. Dabei legen sie dieselbe Instinktlosigkeit für politische Entwicklungen an den Tag, wie ihre Väter.

Die CDU hat sich seit Jahren dagegen gewehrt, dass das im Grundgesetz vorgesehene Parteiengesetz, mit der Forderung nach Offenlegung der Parteifinanzen, Wirklichkeit wird. Sie weiss, warum. Sie hat gegen den Widerstand der SPD die Steuerabzugsfähigkeit von Parteispenden eingeführt und auch den sozialdemokratischen Antrag, die Steuerabzugsfähigkeit wieder zu ousseitigen, abgelehnt. Diese Partei will, dass den Wahlgeschäften Tür und Tor geöffnet bleiben. Sie weiss, dass die politischen Geschäftemacher der Wirtschaft gern solche Parteien honorieren, die ihnen auch in Zukunft ein politisches Geschäft garantieren. Es ist jedoch zu hoffen, dass sich im deutschen Volk das Gefühl für die Unabhängigkeit von Parteien und Abgeordneten als stärker erweist als das politische Geschäft, zu dem sich die Kanzlerpartei bekennt. Sonst hätten wir alle - früher oder später - eine fürchterliche Zeche zu zahlen.

- - - - - Verantwortlich: Günter Markscheffel - - - - -